

Erstattung der Anwaltsvergütung für das Stellen der Deckungsschutzanfrage beim Rechtsschutzversicherer in der anwaltlichen Praxis

von Rechtsanwalt Gregor Samimi, Berlin

Ob es sich bei der Anwaltsvergütung für das Stellen der Deckungsschutzanfrage beim Rechtsschutzversicherer um einen vom Anspruchsgegner zu erstattenden Schaden handelt, ist in der Rechtsprechung sehr umstritten. In dieser Zeitschrift ist in den Beiträgen von HANSENS RVGreport 2010, 241 ff. und 321 ff. dieses Thema behandelt worden. In diesem Beitrag werden die praktischen Erfahrungen eines RA im Umgang mit Versicherungen berichtet.

I. Stand der Rechtsprechung

HANSENS hatte in seinem Aufsatz in RVGreport 2010, 321, 322 über den Stand der Rechtsprechung berichtet. In der Zwischenzeit sind weitere Gerichtsentscheidungen bekannt geworden. Zuletzt hatten sich das LG München II, Urt. v. 7.3.2011 – 5 O 1837/09 und das LG Freiburg, Urt. v. 19.11.2010 – Az. nicht bekannt – bejahend und das OLG Celle RVGreport 2011, 149 (HANSENS) = AGS 2011, 152 verneinend mit der Frage auseinandergesetzt. Eine Erstattungsfähigkeit wird von der jüngsten Entscheidung des BGH RVGreport 2011, 186 (HANSENS) = NJW 2011, 1222 dann angenommen, wenn die Einholung der Deckungszusage durch einen Anwalt auch **erforderlich** war. Dies hatte der BGH in dem konkreten Fall verneint.

„Dass die Klägerin hinsichtlich der Ansprüche auf Rückzahlung der Mietkaution und der Heizkostenvorschüsse die von der Rechtsschutzversicherung umstandslos erteilte Deckungszusage nicht selbst hätte einholen können und insoweit die Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe erforderlich gewesen wäre, ist nicht dargetan“, heißt es in den Urteilsgründen.

II. Konkreter Vortrag erforderlich

Insoweit hat es die Revision augenscheinlich versäumt, zu diesem Punkt substanziiert vorzutragen. Denn der u.a. für das Verkehrsrecht zuständige VI. ZS des BGH RVGreport 2006, 236 (HANSENS) = NJW 2006, 1065 = AGS 2006, 256 = zfs 2006, 448 hat hierzu (bisher wenig beachtet) bereits im Jahr 2006 wie folgt ausgeführt:

„(...) Zu den ersatzpflichtigen Aufwendungen des Geschädigten zählen grundsätzlich auch die durch das Schadensereignis erforderlich gewordenen Rechtsverfolgungskosten. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (...) hat der Schädiger allerdings nicht schlechthin alle durch das Schadensereignis adäquat verursachten Rechtsanwaltskosten zu ersetzen, sondern nur solche, die aus der Sicht des Geschädigten zur Wahrnehmung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig waren (...) Teil der Schadensabwicklung ist auch die Entscheidung, den Schadensfall einem Versicherer zu melden. Ist es aus Sicht des Geschädigten erforderlich, anwaltliche Hilfe in Anspruch zu neh-

men, so gilt dies grundsätzlich auch für die Anmeldung des Versicherungsfalles bei dem eigenen Versicherer (...) Im Vordergrund steht dabei das Interesse des Geschädigten an einer vollständigen Restitution. (...) Ein solcher Fall kann gegeben sein, wenn der Geschädigte **etwa aus Mangel an geschäftlicher Gewandtheit oder sonstigen Gründen wie Krankheit oder Abwesenheit** nicht in der Lage ist, den Schaden bei seinem Versicherer selbst anzumelden. (...) Die Aufhebung und Zurückverweisung gibt dem Berufungsgericht Gelegenheit, die Umstände des Streitfalls umfassend zu würdigen und gegebenenfalls noch fehlende Feststellungen zur Erforderlichkeit der Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe nachzuholen.“ Daher dürfte von einer grundsätzlichen Erstattungsfähigkeit der Kosten für die Einholung der Deckungszusage auszugehen sein, soweit hierfür die Einschaltung eines Anwalts erforderlich gewesen ist. Hierzu ist **konkret vorzutragen**.

III. Verhalten einiger Rechtsschutzversicherer

Einige Rechtsschutzversicherer sollen Mandanten auf die telefonische Anfrage hin darauf hinweisen, „die Kostenschutzanfrage möge doch bitte durch den Anwalt erfolgen“ oder sollen sich hier und da sträuben, dem Mandanten den Kostenschutz schriftlich zu bestätigen und stattdessen – so wird berichtet – eine andere Anwaltskanzlei empfehlen, was vonseiten des Rechtsschutzversicherers in einem konkreten Fall bestritten wird und die Berliner Gerichte beschäftigt hat, so etwa LG Berlin, Beschl. v. 3.2.2001 – 14 O 55/11; KG, Beschl. v. 15.3.2011 – 5 W 45/11.

IV. Verhalten des Rechtsanwalts

Soweit die Kostenschutzanfrage durch die beauftragte Kanzlei erfolgen soll, ist der Mandant besonders auf die **Kostenfolge hinzuweisen**, weil sie nach überwiegender Auffassung eine andere Angelegenheit i.S.d. § 15 Abs. 2 Satz 1 RVG darstellt, vgl. HANSENS RVGreport 2011, 241; VOLPERT VRR 2011, 171 ff.

1. Gesonderten Auftrag erteilen lassen

Folglich sollte sich der Anwalt hierzu von dem Mandanten **gesondert bevollmächtigen** und **beauf-**

tragen lassen, um Missverständnisse und Überraschungen aufseiten des Mandanten zu vermeiden. Eine mögliche Formulierung könnte wie folgt lauten:

„(...) Der Auftragnehmer wird daneben gesondert beauftragt und bevollmächtigt, die Kostenschutzzusage des Rechtsschutzversicherers einzuholen. Die Rechtsanwaltsvergütung steht weder nach Grund noch Höhe in Abhängigkeit zu einem Kostenersatzanspruch gegenüber Dritten (z.B. Versicherern, Gegnern etc.) oder insbesondere dem Bestand einer Rechtsschutzversicherung. Dies gilt insbesondere auch für die zusätzliche Vergütung im Rahmen der gesonderten und entgeltlichen Einholung der Kostenzusage gegenüber dem Rechtsschutzversicherer.“

VOLPERT VRR 2011, 171 ff. weist völlig zutreffend darauf hin, dass bei Einholung der Deckungszusage streng zwischen der Entstehung der Vergütung und deren Erstattungsfähigkeit unterschieden werden muss.

2. Dem Mandanten ein Formular aus-händigen

Dem Mandanten kann auch unterstützend ein **Kostenschutzanfrageformular** an die Hand gegeben werden, um eine nicht auszuschließende Verunsicherung des Mandanten durch Mitarbeiter des Versicherers zu vermeiden (vgl. SAMIMI/LIEDTKE Berliner AnwBl. 2011, 153 ff.). Ein sich selbst erklärendes Formular kann auf der Homepage des Autors unter www.ra-samimi.de heruntergeladen und an die Bedürfnisse der Kanzlei angepasst werden. Es kann dem Mandanten sodann auf der eigenen Kanzleihomepage zum Download angeboten werden, soweit er die Kostenschutzanfrage selbst in die Hand nehmen möchte. Das Formular dient zudem der Entlastung der Kanzlei, weil die eine oder andere Frage nur durch den Mandanten selbst beantwortet werden kann. Es kann dazu bequem am Bildschirm ausgefüllt, ausgedruckt und an den Versicherer vorzugsweise per Telefax übermittelt werden, weil dann der **Zugang der Deckungsschutzanfrage** kaum noch bestreitbar sein dürfte, s. hierzu allgemein BGH NJW 2006, 2263.